

NIEDERSCHRIFT

über die 12. Sitzung (Sondersitzung) des Haupt- und Finanzausschusses

vom:	21.06.2000
von:	15.00 Uhr
bis:	16.03 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender -
Stv Bertelmann, Hans-Günter - für Stv Siebel, Helmut -
Stv Boller, Joachim - bis 15.40 Uhr -
Stv Elter, Uwe
Stv Fries, Traute
Stv Groß, Michael - für Stv Boller, Joachim ab 15.40 Uhr -
Stv Dr. Holzäpfel, Heinz - bis 15.40 Uhr -
Stv Höpfner-Diezemann, Ute - für Stv Dr. Holzäpfel, Heinz ab 15.40 Uhr -
Stv Köhl, Siegfried
Stv Moll, Ilona
Stv Mues, Gunter
Stv Panthöfer, Ulrich - für Stv Dreisbach, Jürgen -
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Schneider, Manfred - für Stv Dr. Stötzel, Wolfgang -
Stv Schulte, Werner
Stv Schulze, Werner - für Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm -

II. Beratendes Mitglied:

Stv Walter, Klaus-Volker

III. Als Zuhörer:

Stv Groß, Michael - bis 15.40 Uhr -
Stv Höpfner-Diezemann, Ute - bis 15.40 Uhr -

IV. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune

Städt. OVR Kühn
Städt. OVR Dr. Kraft
VA Schneider
StAR Dorsch
StAR Munker - als Schriftführerin -

Nicht anwesend waren:

Stv Dreisbach, Jürgen
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Siebel, Helmut
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (CDU)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Frau Moll bestimmt.

12. HFA 21.06.2000

1.1 Zustimmung zur Einladung mit verkürzter Ladungsfrist gem. § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt der Einladung mit verkürzter Ladungsfrist gem. § 2 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu.

12. HFA 21.06.2000

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.06.2000

Die Niederschrift liegt noch nicht vor.

12. HFA 21.06.2000

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

12. HFA 21.06.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

12. HFA 21.06.2000

5. **Industrie- und Gewerbepark „Standortübungsplatz Trupbach“**
hier: Meldeverfahren von FFH- und Vogelschutzgebieten der Tranche 2

Vorlagenr. 526/00 - Vorlage vom 16.06.2000 -

Herr Bertelmann kritisiert, dass der kurzfristige Versand der Unterlagen durch die Bezirksregierung an die betroffenen Kommunen und die Träger öffentlicher Belange sowie die Terminierung des Anhörungsverfahrens während der Sommerferien die Vermutung aufkommen lässt, dass eine konkrete inhaltliche Mitwirkung der Betroffenen nicht erwünscht ist, da diese in der kurzen Zeit kaum die Möglichkeit haben, die Entscheidungen der zuständigen Gremien einzuholen. Die bisher zur Verfügung stehenden Unterlagen bieten darüber hinaus keine vernünftige Arbeitsgrundlage, da keine parzellen- und flurstücksscharfe Kennzeichnung der Flächen vorliegt. Die Ausweisung als FFH- oder Vogelschutzgebiet hat jedoch für die Eigentümer erhebliche Auswirkungen auf die Nutzung ihrer Grundstücke.

Herr Mues stimmt der Einschätzung von Herrn Bertelmann hinsichtlich des Verfahrens zu. Er berichtet, dass sich der Bezirksplanungsrat sich in der letzten Woche mit dem Thema befasst und die Bezirksregierung ergänzend aufgefordert hat, sich für ein vom Zeitrahmen her akzeptables Beteiligungsverfahren einzusetzen. Darüber hinaus sollen den Kommunen und den Trägern öffentlicher Belange alle erforderlichen Hilfsmittel zur Beurteilung der einzelnen FFH-Gebiete, z. B. Karten im Maßstab 1 : 5.000, zeitnah zur Verfügung gestellt werden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN teilt die vorgetragenen Bedenken nicht, so Herr Boller, da das Thema bereits seit rd. 10 Jahren diskutiert wird und keine neuen Fakten vorliegen. Die Argumentation, dass der Industrie- und Gewerbepark auf dem ehemaligen Standortübungsplatz zur Beseitigung des Flächendefizites im Stadtgebiet dringend benötigt wird, ist nach wie vor nicht nachvollziehbar, da die Schaffung neuer bzw. die Vermarktung vorhandener Flächen nicht mit der notwendigen Konse-

quenz verfolgt wird. Als Beispiele nennt er die Gewerbebrache Schlachthof, eine Gewerbefläche in der Wehbach sowie die Alternative zum Standort Trupbach auf der Oberschelder Höhe.

Herr Kühn stellt sodann den bisherigen und weiteren Verfahrensablauf sowie die bisher bekannten Sachverhalte vor. Er verweist dabei auf den als Tischvorlage vorgelegten Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Die SPD-Fraktion setzt sich nach wie vor für die Realisierung des Industrie- und Gewerbeparks aus, so Herr Schneider, da diese Flächen benötigt werden und das geplante Gewerbegebiet Heidenberg den Bedarf nicht abdecken wird. Es sollte jedoch noch einmal eine fachliche Abstimmung unter dem Arbeitstitel „Industrie- und Gewerbepark Siegerland“ mit dem Kreis und den Nachbarkommunen Freudenberg und Kreuztal stattfinden. Die terminlich kurzfristige Anhörung ist zwar bedauerlich, jedoch notwendig. Die Stadt Siegen sollte in diesem Verfahrensschritt zunächst ihre Bedenken gegen eine Ausweisung als FFH- und Vogelschutzgebiet grundsätzlich vorbringen und eine fundierte Begründung nachreichen. Die Vertreter der SPD-Fraktion könnten sich im Grundsatz dem Verwaltungsvorschlag anschließen unter der Voraussetzung, dass auf ein erneutes Gutachten verzichtet wird und die unterschwellig formulierten Vorwürfe gegenüber der Landesregierung entfallen.

Herr Kühn macht deutlich, dass die im Rahmen der Machbarkeitsstudie erstellten Unterlagen aktualisiert und daher eine fachkundige Beratung durch ein kompetentes Büro eingeholt werden sollte. Der Umfang wird mit 10 bis 15 Tagessätzen á 800,00 DM eingeschätzt, was einem pauschalen Kostenrahmen von 10.000,00 DM entspräche, wobei aus Sicht der Verwaltung eine finanzielle Beteiligung der übrigen Betroffenen in vertretbarem Rahmen erfolgen sollte.

Frau Fries erklärt, dass sie sich persönlich weder dem von der Verwaltung, noch dem von der CDU-Fraktion vorgelegten Beschlussvorschlag anschließen wird.

Die F.D.P.-Fraktion teilt die Einschätzung, dass die Fläche des Gewerbegebietes Heidenberg nicht zur Deckung des Bedarfes ausreicht, so Herr Walter. Da die Realisierung des Gewerbe- und Industrieparks Standortübungsplatz erst mittel- bis langfristig möglich sein wird ist es im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen jedoch erforderlich, kurzfristig entsprechende Flächen zu aktivieren. Bezüglich der Terminvorgaben im Verfahren schließt er sich der Kritik an.

Herr Mues ist der Meinung, dass der zeitliche Faktor zur Umsetzung des Projektes nicht als Argument in diesem Verfahren herangezogen werden kann, da auch langfristige Verantwortung für die Zukunft der Stadt Siegen heraus Gewerbe- und Industrieflächen vorgehalten werden müssen. Bezug nehmend auf die Einlassung von Herrn Schneider macht er

deutlich, dass hier ein anderer Sachverhalt im Rahmen der Ausweisung von FFH- und Vogelschutzgebieten zur Diskussion steht, als er im Rahmen der Machbarkeitsstudie untersucht wurde. Er hält es daher für angebracht, einen Gutachter mit einer fachkundigen Beratung zu beauftragen. Bei der Betrachtung der Größe der als schützenswert angesehenen Fläche und der Gesamtfläche des Industrie- und Gewerbebereichs sieht er die Verhältnismäßigkeit nicht

gewahrt. Die Stadt Siegen benötigt ein großes zusammenhängendes Gebiet zur Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben. Auf dieser Grundlage hat die CDU-Fraktion den als Tischvorlage vorgelegten Beschlussvorschlag erarbeitet.

Er erinnert an die seinerzeitige Zusage des damaligen Ministerpräsidenten im Rahmen der Stahlkonferenz 1993, die Realisierung eines interkommunalen Gewerbegebietes auf dem Standortübungsplatz zu unterstützen.

Bei der Betrachtung aller FFH- und Vogelschutzgebiete der Tranchen 1 und 2 ist festzustellen, dass diese sich überwiegend in den nördlichen und östlichen Regionen des Landes befinden und die Ballungsräume unbehelligt bleiben. Damit wird die Region als Industriestandort wirtschaftlich benachteiligt.

Herr Bertelmann gibt zu bedenken, dass das FFH-Gebiet nahezu deckungsgleich mit der Fläche für das interkommunale Gewerbegebiet ist. Er hält die Erstellung eines Gutachtens für angebracht, da sich im Laufe der Zeit vieles auf dem Standortübungsplatz geändert hat und bereits jetzt konkret in die Natur eingegriffen wird, um den Zustand zu erhalten. Er könnte sowohl dem Verwaltungsvorschlag als auch dem Vorschlag der CDU-Fraktion folgen, regt jedoch diesbezüglich eine Änderung dahingehend an, dass konkrete Bedenken gegen die vorgeschlagene Ausweisung als FFH-Gebiet angemeldet werden. Die Ziff. 2 des CDU-Vorschlages wäre dann seines Erachtens entbehrlich.

Die SPD-Fraktion kann sich dem Vorschlag der CDU-Fraktion anschließen, so Herr Köhl. Bezug nehmend auf die Kritik am Verfahren weist er darauf hin, dass sich die Stadt Siegen unabhängig vom formalen Verfahren auch aus eigener Initiative mit dem Thema hätte befassen können.

Herr Schulze ist der Auffassung, dass in der Stellungnahme der Stadt Siegen auch konkrete Argumente, wie im Verwaltungsvorschlag unter Ziff. 2 formuliert, angeführt werden müssen.

Herr Mues erklärt, dass der Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion seines Erachtens der weitestgehende ist, da mit diesem nicht „nur“ Bedenken vorgetragen werden, sondern auch der Auftrag erteilt wird, andere Möglichkeiten, wie z. B. die von der Verwaltung vorgeschlagene Inanspruchnahme fachkundiger Beratung, auszu-schöpfen.

Herr Schneider hält abschließend fest, dass gegen die Einschaltung eines Gutach-ters bei einer Kostenbeteiligung Dritter keine Einwände bestehen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen fordert die Verwaltung auf,

1. sich weiterhin aufgrund der bisherigen Ratsbeschlüsse mit Nachdruck für die Ausweisung eines Gewerbe- und Industrieparks auf Teilbereichen des Geländes des ehemaligen Truppenübungsplatzes Trupbach einzusetzen,
2. die geplante Ausweisung und Anmeldung eines FFH-Gebietes auf dem Gelände des ehemaligen Truppenübungsplatzes Trupbach mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern, soweit dieses die Einrichtung eines Gewerbe- und Industrieparks unmöglich machen sollte.

Der Regierungspräsident Arnsberg wie auch die neugewählte Landesregierung in Düsseldorf werden gebeten, das seit der kommunalen Neugliederung 1975 bestehende und oftmals nachgewiesene Gewerbeflächendefizit der Stadt Siegen dadurch nachhaltig zu beheben, dass die in der Stahlkonferenz 1993 vom damaligen Ministerpräsidenten und heutigen Bundespräsidenten abgegebene Zusage, die Realisierung eines großen interkommunalen Gewerbegebietes auf dem Truppenübungsplatz zu unterstützen, nun endlich umgesetzt wird.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (1 Gegenstimme BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, 1 Gegenstimme SPD, 0 Enthaltungen)**

12. HFA 21.06.2000

Beschlussvorschlag:

Sachverhalt / Begründung: